

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2020

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Hensen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor uns liegt der – wahrscheinliche – letzte Haushaltsentwurf in dieser Wahlperiode. Das Ende des Haushaltssicherungskonzepts ist absehbar. Dass wir dort hingekommen sind, ist auch das Ergebnis schmerzhafter Entscheidungen: Kürzungen von Leistungen, Personalabbau und leider auch Erhöhungen kommunaler Steuern. Das Ende des HSK darf nicht zu einer neuen Ausgabenorgie führen. Auch nach 2021 gilt: Konsolidieren, wo möglich. Schulden abbauen. Investieren, wo nötig – vor allem in Bildung und Infrastruktur. Keine weitere Steuererhöhung. Mittelfristig muss es auch wieder zu Entlastungen kommen.

Damit wir unsere Bürger und Unternehmen entlasten können, brauchen wir: neue Bürger und Unternehmen. Die **Ausweisung neuer Baugebiete** ist ein richtiger Schritt. Unsere Region wird mit seinen bezahlbaren Immobilien- und Grundstückspreise immer interessanter. Die Entwicklung neuer Gewerbe- und Industriegebiete in unserer Nachbarschaft führt auch zu einer steigenden Nachfrage an Wohnraum.

Neue Gewerbe- und Industriegebiete sollten aber nicht nur in Jülich, Erkelenz oder Lindern entstehen, sondern auch in Linnich. Dass mit Linnich eines entwickelt wird, ist gut, darf aber nur ein Anfang an. In unserem Stadtgebiet müssen neuen Flächen für Gewerbe und Industrie erschlossen werden. Dann entstehen hier neue Ausbildungsund Arbeitsplätze und steigen die Steuereinnahmen.

Wer neue Flächen für Wohnen und Gewerbe schaffen will, darf aber nicht in einem Atemzug eine Strafsteuer einführen. Wer, wie die Sozialdemokraten, eine Bodenwertzuwachssteuer fordert, der blockiert die Entwicklung unserer Stadt. Für uns ist klar: **Keine neuen Steuern**.

Der Strukturwandel im Zuge des Kohleausstiegs wird das Gesicht unserer Region verändern. Ob der Strukturwandel Fluch oder Segen wird, haben wir selbst in der Hand. Beteiligen wir uns an den Sonderprogrammen zur Schaffung neuer Gewerbe- und Industrieflächen? Entwickeln wir mit den Bürgern eigene Konzepte und Ideen? Oder warten wir darauf, dass Indeland entdeckt, dass es auch Mitgliedskommunen an der Rur gibt? Es ist kein Naturgesetz, dass die Wirtschaft nach Hückelhoven und die Forschung nach Jülich geht. Wir haben es in der Hand. Es ist unser Job, den Strukturwandel zu gestalten und Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Linnich zu schaffen.

Linnich, 25. März 2020

Patrick L. Schunn Fraktionsvorsitzender

Dietmar Schwindt stellv. Fraktionsvorsitzender

Niclas Pracht Fraktionsgeschäftsführer

patrick.schunn@fdp-linnich.de

dietmar.schwindt@piratenpartei-nrw.de

FDP/PIRATEN Fraktion im Rat der Stadt Linnich Rurdorfer Straße 64 52441 Linnich

T: 02462-9908 896 F: 02462-9908 996 Seite 2 von 2

Wenn wir Wirtschaft nach Linnich holen wollen, dann müssen wir auch an die Digitalisierung. Linnich ist eine digitale Wüste, umgeben von Oasen. In jeder Nachbarkommune gibt es eine bessere Breitbandversorgung. Die Frage nach der digitalen Infrastruktur ist für Unternehmen heute mindestens so wichtig, wie die nach der Verkehrsinfrastruktur. Und die Bedeutung wird zunehmen. Wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen, müssen wir jetzt handeln. Wir brauchen eine Digitalstrategie. Lassen Sie uns gemeinsam Linnich zur Digitalstadt Nr. 1 machen. Dann werden innovative Unternehmen lieber zu uns kommen als zum Brainergy Park – erst recht, wenn die Steuersätze bei uns niedriger sind.

Wir stehen nicht erst in diesem Jahr mit den schrecklichen Bildern aus Griechenland vor der Aufgabe der Unterbringung und Integration Geflüchteter Menschen. Wenn vor diesem Hintergrund die Bundesregierung die finanzielle Unterstützung massiv zusammenstreicht, ist das ein **Schlag ins Gesicht der Kommunen**.

Die Beteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten wird 2020 um insgesamt 1,75 Milliarden Euro und 2021 um weitere 200 Millionen Euro abgesenkt. Dabei ist die Pauschale von 700 bzw. im Folgejahr 500 Millionen Euro für flüchtlingsbezogene Zwecke der Länder nicht einfach eine neu benannte Integrationspauschale, sondern eine komplett neue Pauschale. So entfällt gleichzeitig auch die Pauschale für flüchtlingsbezogene Bedarfe im Bereich der Kinderbetreuung in Höhe von 435 Millionen Euro. Es gibt also 2020 keine Integrationspauschale mehr.

Allerdings: Die schwarz-gelbe Landesregierung wird Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer in Höhe von 110 Millionen Euro für flüchtlingsbedingte Aufwendungen der Kommunen reservieren. Mit der Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes wird es eine nachhaltige Lösung für die Städte und Gemeinden – und damit auch für Linnich – geben. Von der Umsetzung des Asyl-Stufenplans, der Verwendung der bisherigen Integrationspauschale auch für Geduldete und der Einführung des kommunalen Einwanderungsmanagements profitieren die Kommunen bzw. werden davon profitieren.

An der Gestaltung des Strukturwandels und der Digitalisierung wird sich die Zukunftsfähigkeit unserer Heimat beweisen. Das Auslaufen des Haushaltssicherungskonzepts, die Investitionen in unsere Schulen und Neugestaltung unserer Innenstadt sind Hoffnungszeichen.

Die FDP/PIRATEN Fraktion wird daher dem Haushalt, dem Haushaltssicherungskonzept und dem Stellenplan zustimmen. Wir bedanken uns bei der Bürgermeisterin, unserem neuen Beigeordneten Herrn Hensen sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit – ganz besonders in diesen schwierigen Zeiten. Wir müssen jetzt, trotz aller politischen Unterschiede, zusammenstehen, die Krise bewältigen, den Wahlkampf hinten anstellen und die Folgen für unsere Betriebe, unseren Einzelhandel, unsere Selbstständigen und für alle Menschen in Linnich abmildern.

Vielen Dank!